

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Freitag, 29. April 1938

Nr. 100

Das Ergebnis des ersten Tages:

Vollste Harmonie in London

London. Die für die Weltpolitik der nächsten Zeit so entscheidungsvolle britisch-französische Aussprache hat Donnerstag um 10.30 Uhr in Downing Street unter dem Vorsitz Chamberlains begonnen und dauerte mit einer durch das gemeinsame Mittagessen verursachten Pause, die gleichfalls zu informativen Unterredungen benützt wurde, bis 16.45 Uhr. Nach kurzem Aufenthalt auf der französischen Botschaft, wo Vertreter der Presse empfangen wurden, fuhren die französischen Staatsmänner um 18 Uhr nach Schloss Windsor, wo sie vom Königspaar zum Diner geladen waren.

Ueber die Unterredungen wurde nur ein kurzes Kommuniqué ausgegeben, in dem Beginn und Ende der Unterredungen registriert werden, ohne daß auch nur die Verhandlungspunkte aufgezählt würden. Es wird jedoch ausdrücklich konstatiert, daß in allen Punkten, über die beraten wurde, ein absolutes Einvernehmen erzielt wurde.

Nach Presseinformationen hat es sich dabei um die gegenseitige Abstimmung der Verteidigungsmassnahmen sowie um die spanische und abessinische Frage gehandelt. Trotzdem diese Unterredungen von weitreichender Bedeutung waren, konzentriert sich das Interesse vor allem auf die freitägigen Verhandlungen, wo das Hauptthema vor allem die Tschechoslowakei und die mitteleuropäischen Pläne sein werden.

Bezüglich der Tschechoslowakei dürfte sich die Diskussion offenbar auf drei Seiten des Problems konzentrieren:

- Erstens auf dieses Problem als Bestandteil des mitteleuropäischen Gesamtproblems, wie es durch den Anschluß entstand,
- Zweitens auf das innerpolitische Minderheitenproblem der Tschechoslowakei und
- Drittens auf die Möglichkeiten der militärischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Hilfe für die Tschechoslowakei.

In Verbindung damit wird wahrscheinlich auch über die wirtschaftliche Hilfe für andere mitteleuropäische Mächte verhandelt werden, die dem deutschen Druck gleichfalls stark ausgeföhrt sind.

Koordinierung der Verteidigung

Flugwesen / Rohstoff- und Lebensmittelversorgung
Britische Flugstützpunkte in Frankreich

London. (Gadav) Die Beratungen zwischen den französischen und britischen Staatsmännern begannen am Donnerstag vormittag einige Minuten nach dem Eintreffen der französischen Minister in Downingstreet, und zwar im Kabinett des Ministerpräsidenten. Mit den englischen und französischen Ministern nahmen an den Beratungen auch deren direkte Mitarbeiter teil. Die englische Delegation bildeten Ministerpräsident Neville Chamberlain, Außenminister Lord Halifax, der diplomatische Berater der Regierung Sir Robert Sanjivanti, der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office Sir Alexander Cadogan, ferner der Vorstand der Abteilung für Mitteleuropa Sir Drama Sargeant und Dolmetscher.

Der diplomatische Berichterstatter des Reutersbüros erfährt, daß ein vollkommene Einvernehmen in der wichtigen Frage der Koordinierung der britisch-französischen Verteidigung erzielt wurde. Namentlich in der Koordinierung des Flugwesens und aller jener Maßnahmen, die die Lebensmittel- und Rohstoffversorgung in Kriegszeitern zu sichern haben. Einigen Informationen zufolge beinhaltet das heute vereinbarte Abkommen auch Bestimmungen über die Benutzung vorgeschobener Flugbasen auf französischem Territorium durch die britische Luftwaffe.

Zu Beginn der Unterredungen wurde ein Ueberblick über das Verhältnis Großbritanniens und Frankreichs zu Italien gegeben. Die britischen Minister legten ihren französischen Kollegen

den Inhalt und die Reichweite des britisch-italienischen Paktes dar und die französischen Minister erklärten, daß sie diesen von Herzen gut heißen.

Dasadier und Bonnet berichteten dann über den Stand der französisch-italienischen

„Uebereinkommen wie noch niemals“

Tschechoslowakei erst heute auf dem Programm

Gegen Abend empfingen Dasadier und Bonnet auf der französischen Botschaft die Vertreter der Presse, denen er folgende Erklärung abgab:

Leider bin ich durch Schweigepflicht gebunden. Wir haben uns das Versprechen gegeben, über die heutigen Beratungen nichts zu verraten. Trotzdem kann ich Sie jedoch versichern, daß wir in allen wichtigen Fragen, die wir durchberaten haben und die etwa die Hälfte der Tagesordnung unserer Gespräche bilden, leicht zu einem vollen Uebereinkommen gelangt sind. Die Beratungen werden wir morgen nachmittags abschließen und ich glaube, daß wir am Abend werden nach Paris zurückkehren können.

Die britische Regierung hat uns auf das herzlichste empfangen und wir haben bei ihr volles Verständnis für alle Notwendigkeiten gefunden, denen wir begegnen müssen. In gewissen Problemen, die

Verhandlungen, wobei sie betonten, daß der Verlauf dieser Verhandlungen so günstig sei, daß man hoffen könne, daß der neue französische Botschafter in Rom spätestens am 15. Mai ernannt werden wird.

Diese Unterredung über das Verhältnis zu Italien führte ganz naturgemäß zur Frage der Anerkennung der Eroberung Abessinien durch Italien. Es wird versichert, daß ein Uebereinkommen betreffend das gemeinsame Vorgehen erzielt wurde, bis diese Angelegenheit am 9. Mai vor dem Rat zur Verhandlung kommen wird.

In der spanischen Angelegenheit betonte der französische Außenminister, es sei höchst wichtig, daß die Abberufung der Freiwilligen tatsächlich durchgeführt werde, was die französischen Minister als einen augenscheinlichen Beweis des italienischen guten Willens ansehen würden. Beide Partner, Großbritannien und Frankreich, sind sich darüber einig. Ueber die spanische Frage wird noch Freitag beraten werden.

Die Konferenz ging sodann zu den Problemen der technischen Zusammenarbeit der beiden Länder über. Lord Halifax erinnerte an die gegenseitigen Verpflichtungen zur Verteidigung ihrer Territorien. Die britische Regierung hat ein umfangreiches Reorganisationsprogramm vorbereitet, um ihre Streitkräfte zu Lande, zur See und zur Luft den Bedürfnissen der Verteidigung des nationalen Territoriums anzupassen und die Verbindungswege des Imperiums zu sichern. Wie die britische Presse in den letzten Tagen bereits einigemal angedeutet hat, ist es besonders auf dem Gebiete des Flugwesens, auf dem Großbritannien wünscht, daß die wirksamste Zusammenarbeit mit Frankreich einsetze. Mit Rücksicht auf seine Inselstellung ist Großbritannien besonders in Bezug auf Luftangriffe verwundbar und solchen Angriffen kann absolut nicht erfolgreich begegnet werden, ohne die Mitwirkung vorgeschobener Flugabwehrstellungen, die auf französischem Boden ihre Stützpunkte hätten.

für uns lebenswichtiges Interesse besitzen, sind wir zu einem Uebereinkommen gelangt, wie es noch niemals erzielt wurde. Ich kann erklären, daß unsere Besprechungen von gegenseitigem Vertrauen getragen waren.

Nach Andeutungen Bonnets wurden bisher durchberaten: Italien, die britisch-italienischen Verhandlungen, der Völkerverbund, die Anerkennung der Eroberung Abessinien durch Italien, die Spanien-Frage und die Abberufung der Freiwilligen, die Verteidigung und im Zusammenhang damit die technischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen der beiden Großmächte.

Das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei und alle übrigen Mitteleuropa betreffenden Fragen werden erst Freitag erörtert werden, ebenso die mit der Lage im Fernen Osten zusammenhängenden Fragen. Ueber Finanzfragen, die sich übrigens nicht auf dem offiziellen Programm befinden, wurde nicht gesprochen.

Aus dem Inhalt:

Jaksch vor den Karlsbader Vertrauensmännern

Christliche Arbeiter, wohn?

Srámek-Organ gegen die Hilgenreiners

Fristen für die Gemeindewahlen

Für sprachliche Gleichberechtigung

Ein Beitrag zur nationalen Verständigung

Kann der Staatsbürger das Bewußtsein voller Gleichberechtigung haben, wenn er sich mit Grund in seinen sprachlichen Rechten zurückgesetzt fühlt? So und nicht anders muß jeder, der ehrlich an der nationalen Verständigung arbeiten will, den Standpunkt formulieren, von dem aus eine wirklich gerechte Lösung möglich ist. Es geht nicht um abstrakte Begriffe und oft künstlich konstruierte Prestigehandpunkte, es geht um die durchaus praktische Frage, ob der gleichberechtigte Bürger wirklich sein gleiches Recht findet, wenn er sich nicht seiner Muttersprache bedienen darf, oder freilich auch um die psychologische Frage, ob der Bürger sich in seinem Staate zu Hause fühlen kann, wenn die Organe dieses Staates seine Sprache von Rechts wegen nicht verstehen dürfen? Unsere Fragestellung muß selbstverständlich mit der Gegenfrage rechnen, ob es in der Tschechoslowakei sprachliche Zurücksetzung gibt. Die Antwort darauf erteilt die Judikatur des Obersten Verwaltungsgerichtes, das bei seiner Auslegung der sprachrechtlichen Vorschriften von dem Vorrang der Staatsprache ausgeht und dem Vorrang auf der einen entspricht notwendigerweise die Zurücksetzung auf der anderen Seite.

Diese Sprachpraxis, die keineswegs von Anfang an galt, zeigt zugleich die Tendenz auf, auch die Rechte, die im Sprachengesetz verankert sind, in der Durchführung und Auslegung durch Verlautbarungen und selbst Spitzfindigkeiten noch einzuschränken. Das ist vor allem durch die Sprachenverordnung vom 3. Jänner 1926 geschehen. Wenn heute an die Stürme erinnert wird, welche die Erlassung dieser Verordnung hervorrief, so nicht um zu rekapitulieren, sondern um nach neuen und besseren Methoden zu rufen. Sachlich und formal. Denn die Sprachenverordnung wurde als Diktat verhängt, obwohl die Regierung durch den Mund ihres damaligen Innenministers Dvöřak im Juli 1920 erklärte, daß die Verordnung vor ihrem Inkrafttreten dem Verfassungsausschusse vorgelegt werden soll. Nach sechsjähriger Verzögerung erachtete sich die Regierung an dieses Versprechen nicht gebunden, weil es von einer Vorgängerin gegeben worden sei! Daß dieser Vorgang auch auf tschechischer Seite durchaus nicht allgemein gebilligt wurde, beweist die fehlende Unterzeichnung zweier sozialdemokratischer Minister.

In ihrem Inhalt aber hat die Sprachenverordnung die Rechte, welche das Sprachengesetz den Minderheitensprachen zuerkannt, ausdrücklich als Ausnahmestimmungen behandelt, wodurch insbesondere den deutschen Gemeinden und anderen Korporationen empfindliche Beschränkungen auferlegt wurden, sie hat für den Schutz sprachennuriger Parteien sehr unzulänglich vorgesorgt und sie ist in vielen Punkten über das Gesetz hinausgegangen. Es sei, um nicht in Einzelheiten einzugehen, nur hervorgehoben, daß die Verordnung den Zwang zur Beherrschung der Staatsprache auf die Organe der Republik, auf Landrichter und selbst auf freigewählte Organe autonomer Städte ausdehnte, während das Gesetz nur Vorschriften über die Sprachkenntnis der staatlichen Angestellten vorah und auch das leistungsweg im Sinne eines absoluten Imperativs. Hatte doch der Referent, Abgeordneter Drábel in der Revolutionärsversammlung mit starkem Nachdruck erklärt, daß es niemandem einfallen würde, das böse Beispiel des alten Oesterreich nachzuahmen und jedem Bahnvärter die Kenntnis der Staatsprache aufzuzwingen. Und wie weit ist dann die Praxis über das alte Oesterreich hinausgegangen! Die Bestimmung des Artikels 99 aber, der eine wahre Zensurpolitik im Geschäftsleben ermöglichen sollte, hat Dr. Jaroslav Stranšák als „hrubé redoplatení“, als großes Versehen charakterisiert.

Enthält die Sprachenverordnung ein engmaschiges Netz von Beschränkungen, so weist sie auch klaffende Lücken auf. Es fehlt die Durchführung des gesetzlichen Grundgesetzes, daß die kulturellen Institutionen jeder Nationalität in ihrer eigenen Sprache verwaltet werden, es fehlt die Regelung des Sprachgebrauches bei den Sozialversicherungsanstalten — wenn auch die Praxis hier im ganzen anständig ist — es fehlt

hellen vorgeprochen und sie konnten feststellen, daß das Schicksal der Entscheidung nunmehr in Prag liegt.

Ein viertes Todesopfer des Unglücks in der Maloměřitzer Zementfabrik. Wir haben gestern berichtet, da sich in der Maloměřitzer Zementfabrik in Brünn eine Dynamitexplosion ereignete, wobei drei Arbeiter getötet und zwei schwer verletzt wurden.

Der Präsident der Republik empfing am Donnerstag den britischen Abgeordneten Arthur Henderson. Ferner empfing der Präsident eine Deputation der Stadt Prag, die ihm ein Ehrenbürgerdiplom überreichte.

Hakenkreuz in Südamerika verboten

Buenos Aires. (Reuter.) Argentinien plant gemeinsam mit Brasilien ein Verbot nationalsozialistischer Organisationen. Vorläufig wurde ein Verbot erlassen, das Hakenkreuz zu tragen und Fahnen in deutschen Farben bei den Feiern des 1. Mai zu hissen.

110 km Drahtverhaue sollen Nordpalästina schützen

Naiifa. Die palästinensische Regierung hat entlang der gesamten Nordgrenze Palästinas Drahtverhaue in einer Länge von 110 Kilometern und einer Breite von 300 Metern errichten lassen. Der Bau wird von jüdischen Arbeitern unter militärischem Schutz vorgenommen.

In dem Dorfe Silat Abdahar bei Dschenin wurde ein ziemlich großes Munitionslager gefunden. Die Polizei beschlagnahmte 3000 Patronen in Kisten, an denen zu bemerken war, daß sie erst kürzlich eingeführt worden waren.

Die Japaner melden Erfolge

Tokio. Das Kriegministerium meldet, daß die vier japanischen Kolonnen, die vom Süden in der Richtung auf Utschan, einen großen Knotenpunkt der Lunheibahn und der Bahn Tientsin-Bukau, vorrückten, die Chinesen an einer 240 Kilometer langen Front zurückgedrängt haben.

Vom spanischen Kriegsschauplatz

Barcelona. (Ag. Ep.) Im Schutze ihrer Flugabwehr und von sechs Kriegsschiffen, darunter „Canarias“ und „Almirante Cervera“ hat der Feind am Mittwoch im Abschnitt Alcobre angegriffen. Unsere Truppen zogen sich etwas zurück und nahmen Stellungen in der nördlichen Schlucht von San Niquen ein.

An der Zentrumsfront verursachte ein Handstreich unserer Truppen auf der Straße nach La Coruna dem Feind zahlreiche Verluste an Menschen und Kriegsmaterial.



Franco für alle: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“

Wie ein tschechischer Grenzler die Dinge sieht

In den volksparteilichen „Lid. Listy“ finden wir folgenden bezeichnenden Brief eines Tschechen aus dem Grenzgebiet in großer Aufmachung wiedergegeben:

Auf das Anwachsen der Henleinpartei haben zwar ausländische Einflüsse eingewirkt, im großen Maße aber auch unsere Haltung zu dieser Bewegung. Bei uns gab es Parteien und Personen, welche direkt darauf hingearbeitet haben, daß die aktivistischen deutschen Parteien zugrunde gehen und das Henleinlager noch stärker als die Hitlerpartei in Deutschland anwachsen.

Woher ist unsere unmögliche Haltung zur Henleinpartei auch noch jetzt. Es wird die unerhörte Agitation geduldet, die mit Terror arbeitet und in raffinierter Weise jene lächerlich macht, die ungebrochen demütigt sind, dem nationalsozialistischen Urajan zu widerstehen.

Woher sollen wir immer Ueberlegung und feste Nerven in diesem Meer von feindlichen und spöttischen Blicken, Worten und Taten nehmen? Und warum sollen wir eigentlich geopfert werden, wenn das doch gar nicht notwendig ist? Warum werden unsere Stimmen nicht gehört, daß wir durch eine energische Haltung dieser Bewegung gegenüber ihr sehr viel von ihrer Bedeutung nehmen könnten?

Wir Grenzler würden es gern erreichen, daß unsere verantwortlichen Faktoren und die ganze Nation immer jedem offen ins Auge sehen.

Die letzte Benevolenz: die Amnestie, die Bewilligung der Raiffeisen und die Gemeindevahlen waren doch in erster Reihe Präsente an die Henleinpartei. Und wie reagierten deren Mitglieder auf diese Zugeständnisse? In der Amnestie sehen sie unsere Schwäche und den Wink, daß man sie auch in Zukunft nicht sehr strafen wird.

Und dabei können wir jeden versichern, daß — wenn wir fest bleiben — nichts geschehen wird. Im Gegenteil: wir besäßen Respekt bei den Henleinleuten, im Nachbarreiche und auch bei den Westmächten.

Im Namen des Christentums — gegen die Christlichsozialen

Aufsehenerregender Artikel des Šrámek-Organs

„Lidové Listy“ äußern sich in einem beachtenswerten Artikel über die Lage des deutschen Katholizismus in der Tschechoslowakei. Wir geben die wichtigsten Stellen dieses Artikels wieder:

Die Karlsbader Kur, welche Herr Henlein allen Deutschen in der Tschechoslowakei verordnet hat, spricht zu niemandem mit solcher Warnung wie zu den deutschen Katholiken. Die Kundgebung Chamberlains über unsere Republik und der Fall des Kardinals Innitzer haben zwar den Verstandigen und den Auffassungsbereitesten die Augen geöffnet, aber erst Karlsbad hat ihnen gezeigt, wie sie aufgefressen sind.

für keinen ordentlichen und treuen Katholiken in der nazistischen sudetendeutschen Partei Platz sein kann außer, wenn er alles verleugnen wollte, was der katholische Glaube lehrt.

den Eindruck erwecken, daß Henleins Forderungen für uns nicht so unannehmbar sind, und bei den Henleinleuten und in Deutschland dann nur noch deren Mut erhöhen. Führen wir uns, ich bitte Euch, schon einmal alle die Tatsachen vor Augen: In Deutschland den Krieg, dann wird es ihn hervorgerufen, koste es, was es wolle.

Viele glauben, daß es dafür stünde, die paar Grenzler zu opfern. Das wäre aber das größte Unglück. Nach dem Abgang der Grenzler würde das Henleinlager das Grenzgebiet vollkommen beherrschen. Das Grenzgebiet wäre dann für den Staat verloren.

Die Katholiken in Deutschland und Oesterreich sehen die Tatsachen, daß ihre politischen Organisationen aufgelöst wurden.

Die Katholiken in Deutschland und Oesterreich sehen die Tatsachen, daß ihre politischen Organisationen aufgelöst wurden. Etwas derartiges ist jedoch unseren deutschen Katholiken nicht geschehen: Ihre Partei ist freiwillig auseinandergegangen und

die verantwortlichen politischen Führer des katholischen deutschen Volkes haben das Volk selbst und aus eigenem Willen in die Rete des nazistischen Neuhidentums getrieben, dem das deutsche katholische Volk nun dienen soll.

Und so bleibt nichts anderes übrig, als daß sich das tschechische katholische Volk um seine deutschen Glaubensbrüder politisch selbst kümmern wird, weil man nicht erlauben kann, daß sie vom Nazismus zum Schaden des katholischen Glaubens und der katholischen Lehre terrorisiert werden.

Wir tun das insbesondere auch im Namen des Christentums, zu dessen Verteidigung auf dem ganzen Gebiet der Republik wir in der Politik unseres Staates berufen sind!

Wir tun das auch deswegen, weil die Faktoren, welche für das politische Schicksal unserer deutschen Katholiken verantwortlich enttäuscht haben und gescheitert sind. Wir glauben, wer nicht enttäuscht und nicht scheitern wird, ist das treue deutsche katholische Volk, welches schon heute erkennt, wozu es geführt wurde.

Fristen für die Gemeindevahlen

Das Gemeindevahlgesetz bestimmt eine Reihe von Fristen, deren Einhaltung von entscheidender Bedeutung ist. Die nachstehend angeführten Termine stellen die zeitliche Grenzen dar.

Nach der Wahlauschreibung

- 1. Binnen acht Tagen, d. h. bis zum 2. Mai, ist dem Gemeindeamt bekanntzugeben, daß die Wählerverzeichnisse durch Drucklegung zu vervielfältigen sind, und binnen weiteren acht Tagen, d. h. bis zum 9. Mai, sind beim Gemeindevorsteher die beiläufigen Herstellungskosten zu erlegen. (§ 15).

Vor dem Wahltag

- 1. Spätestens am vierzehnten Tag vor dem Wahltag (d. h. spätestens am 8. Mai) bis 12 Uhr mittags haben die Wahlgruppen (Parteien) dem Gemeindeamt die Kandidatenlisten vorzulegen (§ 20).
- 2. Spätestens am elften Tag (d. h. spätestens am 11. Mai) vor der Wahl ist die Ortskommission zur Richtigerstellung der Kandidatenlisten einzuberufen.
- 3. Spätestens am zehnten Tag (d. h. spätestens am 12. Mai) können durch den Bevollmächtigten der Wahlgruppe Nennungen vorgenommen werden, wenn ein Kandidat entfällt.

4. Spätestens am achten Tag (d. h. spätestens am 14. Mai)

- a) ist dem Gemeindeamt eine Stoppelung von Listen bekanntzugeben (§ 26);
- b) sind vom Gemeindevorsteher in den Lokalitäten, in welchen die Wählerverzeichnisse aufgelegt sind, alle gültigen Kandidatenlisten anzuschlagen und sind diese Kandidatenlisten vervielfältigen zu lassen; ebenso sind eventuelle Stoppelungen durch Anschlag bekanntzugeben;
- c) hat der Bevollmächtigte der Wahlgruppe die Vertreter und Erfahrmänner in der Wahlkommission bekanntzugeben (§ 32).
- 5. Acht Tage lang (d. h. vom 14. Mai an) vor der Wahl
- a) muß die Wahlkundmachung angehängt sein,
- b) müssen die Wählerverzeichnisse zur Einsicht aufgelegt sein,
- c) darf weder in diesen Verzeichnissen noch in den Kandidatenlisten etwas geändert werden.
- 6. Spätestens am dritten Tage (d. h. spätestens am 19. Mai) vor der Wahl müssen den Wählern die gültigen Kandidatenlisten und in Orten mit mehr als tausend Einwohnern auch Legitimationen zugestellt werden (§ 31).

Am Tage der Wahl

Vor Beginn der Wahl gibt der Wahlbevollmächtigte drei Wähler als Vertrauensmänner bekannt (§ 36).

Zweihundert Jahre Platin

Platin. Das Gold ist als kostbares Metall seit den ältesten Zeiten bekannt. In Asien, in Europa wie in Amerika wurde es von den frühesten Kulturen als Schmuck und als Tauschobjekt geschätzt. Ein anderes Metall aber, auf das wir heute großen Wert legen, das Platin, ist erst seit genau 200 Jahren überhaupt bekannt und erfreute sich am Anfang durchaus keiner besonderen Geltung.

Dieses Metall hat eine eigentümliche Geschichte. Es wurde zuerst im Jahre 1763 in Kolumbien gefunden. Man wußte mit dem unansehnlichen weißen Metall nichts Rechtes anzufangen. Es stellte sich nur bald heraus, daß es sich bequem mit Gold legieren ließ, ohne daß die Eigenschaften des Goldes dadurch beeinträchtigt wurden.

Als der Vertrag entwidet wurde, verhängte die spanische Regierung schwere Strafen über die Plünderer. Gleichzeitig erging das Verbot, Platin aus den Erzen zu gewinnen. So blieb das kostbare Metall jahrelang unbeachtet.

Platin ist ein silberweißes, sehr weiches Metall vom spezifischen Gewicht 21,5. Es schmilzt erst bei 1775 Grad, hat also einen Schmelzpunkt, der noch um 500 Grad höher liegt als der des Goldes. Diese Eigenschaften schien Platin zur Herstellung von feuerfesten Kochtöpfen geeignet zu machen.

Außerdem findet aber heute Platin in der Schmelzindustrie reiche Verwendung und ist für Fassungen von Edelsteinen in vielen Fällen beliebter als Gold. Aber auch in anderen Industrien hat das Platin Eingang gefunden.

Diese Verbreitung hat das Platin jedoch erst seit etwa 100 Jahren. Das Vorkommen in Kolumbien und an anderen Orten in Südamerika war nämlich recht spärlich. Im vorigen Jahrhundert entdeckte man dagegen reiche Platinlager in Sibirien.

Das Platin ist eines der teuersten Naturprodukte, die es überhaupt gibt. Das Gold wird es allerdings nie verdrängen. In der Nahrungswirtschaft nicht, weil die vorhandenen Mengen zu gering sind, und in der Schätzung der Menschen nicht, weil die Tradition des Goldes alt ist.

